



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 16. September bis 28. September)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs Spiegel

(vom 16. September bis 23. September)

Wirtschaftskämpfe und auswärtige Politik

Die Maßnahmen der Regierung zur Behebung der Fleischnot sind zwar sachgemäß und entsprechen teilweise den örtlichen Bedürfnissen, aber sie kommen zu spät und — sie fassen das Übel nicht an allen Orten gleichmäßig an. In Berlin und anderen Orten hat man nichts davon, wenn das Fleisch in Posen und Köln erheblich billiger geworden ist. Die Regierung hat für das Mißtrauen der Agrarier, das ihre Maßnahmen hervorrufen, nur wenig Zuneigung bei den Städtern eingetauscht. Und doch war gegenwärtig in der diesjährigen Fleischnotfrage so manches möglich, was geeignet gewesen wäre, das hier und da fehlende Vertrauen zu stärken. Jetzt arbeitet man den Freihändlern direkt in die Hände, wenn an einem praktischen Beispiel gezeigt wird, wie die Öffnung der Grenzen für kaum ein halbes Hundert Ochsen nach Köln schon eine Preisermäßigung von 50 Pfennig pro Pfund zugunsten der Verbraucher ermöglicht. Dies Beispiel wird selbstverständlich demagogisch ausgebeutet werden und den Fordernden einen Schein des Rechts gegenüber allen Argumenten und noch so zutreffenden Einwänden geben, wo die Regierung doch bestrebt bleiben will, die einander widersprechenden Interessen der einzelnen Bürger mit dem Gesamtwohl aller und des Staates auszugleichen. Wir haben hier ein Schulbeispiel vor uns für die Gefährlichkeit halber Maßregeln, und einen neuen Beweis für die Gefahren, in die eine sich ausschließlich auf die Autorität der Monarchie stützende Regierung geraten muß, die nicht selbst führt, die sich vielmehr schieben läßt.

Daß in diesem Jahre eine Teuerung eintreten würde war bereits im vorigen Herbst bekannt. Die Frage war nur, ob sich die Teuerung durch wiederholt eintretende Dürre vergrößern werde oder nicht. Nachdem diese Frage entschieden war, und das geschah in der Woche, als sich das Wachstum der Futtermittel feststellen ließ, da mußte die Regierung mit kleinen, örtlich angepaßten Maßregeln eingreifen, die Konsumenten beruhigend, die rücksichtslosen Profitjücker schreckend.

Darauf bezogen sich meine Ausführungen an dieser Stelle vor vier Wochen, die die Kreuzzeitung „ins Mauselloch kriechen“ nennt. Wenn im vorigen Jahre die Grenzen für Futtermittel nicht geöffnet wurden, so war das verständlich, weil selbst die Schweinevermehrung sich nicht von einem Tage auf den anderen regulieren läßt. Dagegen hätte man nach meiner Auffassung eine Anzahl von Jungvieh trotz der damit verbundenen Seuchengefahren im Frühjahr dieses Jahres zollfrei einlassen müssen, nachdem die Tatsache eines glänzenden Wachstums bei den Futtermitteln feststand. Das Vieh sollte aber nicht direkt den Städten zugeführt werden, sondern den Viehzüchtern; von ihnen zur Ergänzung ihrer Bestände benutzt und hochgebracht, eventuell gemästet und dann erst zu normalen Preisen auf den Markt geworfen werden. Dann war allen geholfen: den Konsumenten, den Händlern und den Landwirten, die, bei dem guten Stande der Futtermittel, starke Reigung verspürten, ihren Viehstand wieder auf die Höhe von vor 1910 zu bringen und vor allen Dingen dem Staat, dessen Lebensmittelbedarf im Kriegsfall sichergestellt bleiben muß. Die allgemeine Zulassung von Fleisch aus dem Auslande, wie sie von Industrie und Handel gefordert wird, und die auch durchaus im Interesse der Konsumenten läge, müßte die Viehzüchter auf das empfindlichste nicht nur vorübergehend schädigen. Sie wären genötigt, für die in dem guten Futtermitteljahre aufgezogenen Schweine, Kälber und Rinder mit so ungenügenden Preisen vorlieb zu nehmen, daß sie notgedrungen wieder zur Einschränkung der Fleischproduktion gezwungen würden, wodurch Deutschland in die Abhängigkeit des Auslandes geriete. Hier stehen also wirklich nationale, das heißt Interessen der Gesamtheit auf dem Spiele, wenn auch scheinbar im Gegensatz zu Interessen einer Mehrheit.

Sollte aber diesem Widerstreit der Interessen, diesem Auf und Ab der Konjunkturen wirklich nicht beizukommen sein? Sollte es wirklich nicht möglich sein, die berechtigten Bedürfnisse der Verbraucher mit denen der Erzeuger auch auf landwirtschaftlichem Gebiete wenigstens annähernd auszugleichen? Zweifellos könnte hier viel getan werden. Freilich gehört dazu bei den Fleischproduzenten einiger guter Wille und bei der Regierung einige Energie, um den guten Willen dauerhaft zu gestalten. Den guten Willen würde ich aber daran erkennen, daß die Landwirte mit den Konsumenten in direkte Verbindung träten oder anders ausgedrückt, wenn sie den Absatz an den Konsumplätzen selbst organisierten. Diesen Vorschlag habe ich in verschiedener Form schon wiederholt vorgetragen. Die Deutsche Tageszeitung, auf deren Stimme es als berufene Vertreterin des Bundes der Landwirte sehr ankommt, lehnt die Vorschläge direkt ab, ohne einen Grund für ihre Stellungnahme anzugeben. Ich bleibe dennoch dabei und zwar um so lieber, als mir Briefe von Großgrundbesitzern gerade in diesem Punkte beipflichten: Die Fleischherzeuger müssen den Absatz in den Städten selbst in die Hand nehmen! Vertrauensmänner der Landwirte sollten dauernd den Bedarf in Stadt und Land registrieren durch Beobachtung der Bevölkerungsbewegung, der Lohnverhältnisse, der Ab- und Zuwanderung von Volksmassen, Festlichkeiten

Manövern, Fremdenzufluß (mit Hilfe der Schiffahrtsgesellschaften), Bautätigkeit in den verschiedenen Stadtgegenden, Erschließung von Wohnplätzen, Entstehung neuer Industrien. Auf der Basis der vorhandenen Viehstatistik und auf Grund von vierteljährlich oder öfter eingeforderten Mitteilungen der einzelnen Vieh- und Schweinezüchter über ihre Leistungsfähigkeit ließe sich ohne Zweifel die Fleischproduktion derart regeln, daß alle Teile zufrieden sein könnten. Den Landwirten wäre eine gewisse Sicherheit in der Produktion gewährleistet, uns Konsumenten würde nicht in der unerhörten Weise, wie es jetzt geschieht, das Fell geschoren und die Regierungen der Bundesstaaten fänden die Möglichkeit beim Eintritt von Seuchen oder von katastrophalen Naturereignissen Fleisch oder Futtermittel einzuführen zu Nutz und Frommen sowohl der Landwirte wie der Konsumenten. Die äußeren Schwierigkeiten, die der in weiten Umrissen gekennzeichneten Organisation entgegenstehen, werden nicht verkannt; sie sind aber bei dem allgemein hohen Bildungsstande unserer großen und kleinen Landwirte, bei der Entwicklung der Verkehrsmittel, der Leistungsfähigkeit der Post verhältnismäßig geringfügig, sobald die Landwirte den guten Willen haben. Indessen darf ein Umstand nicht unterschätzt werden: die Organisation des direkten Absatzes würde eine Kontrolle der Lebensmittelpreise durch die Konsumenten nach sich ziehen, gegen die sich vom Standpunkt der Produzenten mancherlei einwenden ließe. Dem steht aber die Tatsache gegenüber, daß gegenwärtig schon die Preise fast aller Industrieerzeugnisse durch die Käufer kontrolliert werden und daß dennoch Industrie und Handel sich gewaltig entwickeln. Also wirtschaftlich brauchen die Landwirte keine Einbuße zu befürchten; es soll an dieser Stelle gelegentlich nachgewiesen werden, daß die Herstellung einer direkten Verbindung zwischen Landwirten und Konsumenten den landwirtschaftlichen Betrieben so viele Produktionsmöglichkeiten eröffnen würde, wie sie heute kaum erkennbar sind.

Meinen Vorschlag möchte ich darum ganz besonders dem Herrn Landwirtschaftsminister ans Herz legen. Wenn die Anzeichen nicht trügen, soll er für die Verschümmnisse der Regierung in der Fleischverorgungsfrage allein verantwortlich gemacht werden.

Woher der größte Widerstand gegen eine einheitliche Organisation des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte zu erwarten ist, zeigen die Verhandlungen des Mittelstandstages in der abgelaufenen Woche zu Braunschweig und der Kommentar, den die Kreuzzeitung dazu gibt. Weder die Mittelstandspolitiker noch die Deutschkonservativen wollen etwas von Konsumvereinen wissen, weil diese wirtschaftlich und kulturell dieselbe Wirkung hervorrufen wie die Warenhäuser: Zurückdrängung des Individuums, Anhäufung von Angestellten an Stelle einzelner kleiner Unternehmer und infolgedessen zunehmender Einfluß der Sozialdemokratie im neuen Mittelstande. Die Mittelstandspolitiker werden nicht die Kraft haben, die wirtschaftliche Entwicklung aufzuhalten; diese Entwicklung wird gekennzeichnet durch Konzentration der Produktionsmittel und Spezialisierung der Produktion, bei gleichzeitiger Zentralisierung des Verteilungs-

modus der erzeugten Güter. Dieser Vorgang gibt den an der Produktion und Güterverteilung beteiligten Massen von Arbeitern und Angestellten ein Solidaritätsgefühl, das heute nur noch stärker werden kann, mögen die Sozialdemokraten noch so große Torheiten begehen. Von diesem natürlichen Zusammengehörigkeitsgefühl werden die Landwirte durch die Mittelstandspolitiker künstlich zurückgehalten und sie werden gegenüber jenen Massen isoliert, wenn sie sich nicht entschließen, aus dem Entwicklungsprozeß der Wirtschaft Nutzen für sich zu ziehen. Die Mittelstandspolitiker aus der konservativen Partei übersehen, daß die wirtschaftliche Isolierung der Landwirte notgedrungen eine politische zur Folge haben muß. Schon längst ist das Wort von den „Agrarischen Monopolisten, die das Volk bewuchern“, gefallen und doch können wir uns überzeugt halten, daß diese „Bewucherung“ durchaus nicht vorwiegend den Landwirten zugute kommt, sondern gerade den Kreisen, die in der Mittelstandsvereinigung von Konservativen und Liberalen gestützt werden sollen. Die Landwirte haben somit weder als Unternehmer noch als Angehörige der konservativen Partei ein Interesse an der Erhaltung des alten Mittelstandes, weil die Identifizierung beider Interessen sie in Gegensatz zum neuen Mittelstande, also auch in Gegensatz zu den Staatsbeamten bringt, die als reiner Konsumentenstand billige Wohnung und Nahrungsmittel fordern und letztere nehmen, wo sie sie bekommen: bei den Warenhäusern. Die politische Konsequenz solcher ins Auge fallenden Tatsachen ist das dritte, was auch vom Bunde der Landwirte übersehen wird. Man kann die Sozialdemokratie nicht bekämpfen, wenn man die Volkswirtschaft so leitet, daß die Bevölkerung der Städte wirtschaftlich nur beim Großkapital, politisch nur bei der Masse das findet, was sie braucht.

Solche Ziele ins Auge zu fassen, sollte auch der Verlauf des Sozialdemokratischen Parteitagcs zu Chemnitz nicht hindern. Der Sieg der Radikalen über die Revisionisten ist nur eine Verschleierung der tatsächlich vorhandenen tiefen Gärung innerhalb der Partei. Die radikalen Theoretiker glauben angesichts des rapiden Aufschwunges, den die Weltwirtschaft genommen hat, dies sei nunmehr die allerletzte Kraftäußerung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, nach dieser Hochkonjunktur müsse der Kessel platzen. In Chemnitz hat wieder einmal die Kladderadatschtheorie gesiegt und so darf über dem Parteitage zur Tagesordnung übergegangen werden von allen denen, die sich stark genug fühlen die Wirtschaft gesund zu erhalten.

* * *

Wir können in der Tat mit einem neuerlichen Aufwärtstriebe unseres Wirtschaftslebens rechnen. Die Weltwirtschaft hat allerorten neue Impulse erhalten: China, Innerasien, Persien erwachen; in Indien ist durch Verlegung der Regierung von Kalkutta ins Innere eine neue Wirtschaftsepoche eingeleitet; am Mittelmeer bereitet man sich zum Frieden, nach dessen Abschluß mancherlei Schäden zu heilen sein dürften. Das alles muß sich auch für Deutschlands

Wirtschaftsleben bemerkbar machen, dessen Industrie an zweiter, dessen Handels-schiffahrt an erster Stelle in der Welt marschiert. Die bevorstehende Konjunktur ausnutzen heißt aber noch lange nicht sich ihrem Strom willenlos hingeben, letzteres bedeutete tatsächlich den Anfang vom Ende und gerade in dieser Beziehung darf man zur Reichsregierung Vertrauen fassen.

Die Lage im Mittelmeer ist einstweilen noch ziemlich undurchsichtig. Sicher ist nur, daß einerseits Friedensverhandlungen schweben und andererseits auf der Balkanhalbinsel eine bedrohliche Unruhe unter den Makedonern, Mazedoniern und Albanern herrscht; ebenso sicher ist ferner, daß alle möglichen Personen die Gelegenheit für günstig halten im Trüben zu fischen; zu diesen letzteren gehören vor allen Dingen die Protektoren des neu erwachten Gedankens eines Balkan-Dreibundes und des Gedankens einer französisch-italienischen Mittelmeerkonvention, also: die Herren vom Dreiverbände.

Über den gegenwärtigen Stand der Friedensverhandlungen läßt sich bestimmtes nicht sagen. Was davon seitens der französischen Presse verbreitet wurde, hat sich als Schwindel erwiesen; — zu deutsch: ballon d'essai. Im übrigen sind die Grundfragen der Verhandlungen in der Schweiz jedem bekannt, der die Vorgeschichte des Tripolis-Krieges kennt und der weiß, welche Triumphe die Gegner gegeneinander auszuspielen vermögen. Italien steht im allgemeinen besser da, als die Türkei. Abgesehen von den besetzten Küsten und Inseln, verfügt Italien über den Trumpf „Dreibund“. Deutschland und Österreich-Ungarn haben ein viel größeres Interesse daran, wenn in Tripolis und seinem Hinterlande eine starke befreundete Macht herrscht, als eine schwache befreundete. Italien wird Tripolis stets gegen französische und englische Gelüste verteidigen können, nicht die Türkei, die nach den kaum überstandenen inneren Umwälzungen erst am Anfange eines nur langsam einsetzenden Konsolidierungsprozesses steht. Am Goldenen Horn hat man denn auch schon längst eingesehen, daß die Abtretung von Tripolitarien eine gewisse Entlastung für die Zentralregierung bedeuten würde, wenn auch hier und da noch die Hoffnung genährt wird, die Italiener doch schließlich aus Tripolis hinauswerfen zu können. Vor allen Dingen sind es die Araber, die der türkischen Regierung das Rückgrat gegen Italiens Diplomatie stärken. Ihre Haltung und die Tatsache, daß man weder in der europäischen noch in der asiatischen Türkei Nachteile des Krieges verspürt, läßt die Türken immer noch zögern, Frieden zu schließen. Seit Ausbruch des Krieges macht sich allerorten in Handel und Wandel eine erhebliche Belebung bemerkbar, so daß die türkischen Finanzen kaum in Mitleidenschaft gezogen werden. Mir will es scheinen, als überschätzten die Türken die Bedeutung beider Momente. In allen wenig entwickelten Ländern, mit so reichen ungenutzten Naturschätzen wie die Türkei bringt ein Krieg an fernen Grenzen wirtschaftliche Belebung. Dieselbe Erscheinung haben wir 1904/5 auch in Rußland beobachtet; sie zu erklären verbietet mir leider der zur Verfügung

stehende Raum. Nach dem Friedensschluß wird jedenfalls der gewonnene Impuls auch in der Türkei weiter wirken. Auch die Bedeutung der Araberfrage wird überschätzt, wenn auch eine Gefahr vorhanden ist: die Wiederherstellung eines politisch schwachen, die Araber um sich sammelnden Kalifats in Medina, was womöglich den Abfall Arabiens und dessen Unterwerfung unter britische Schutzherrschaft zur Folge haben könnte. Unter den Diplomaten besteht die Auffassung, daß die tatsächlich vorhandene Klippe umschifft werden könnte mit Hilfe einer besonderen Form der Übernahme der Regierung von Tripolis durch die Italiener. Dabei muß freilich berücksichtigt werden, daß die italienische Regierung sich in dieser Beziehung das Entgegenkommen recht erschwert hat durch die seinerzeitige Proklamation der Besitzergreifung von Tripolis. Es sind also auch auf italienischer Seite Gründe der inneren Politik zu berücksichtigen, die den Friedensschluß erschweren.

Nun erscheint es nicht ausgeschlossen, daß die Bestrebungen Bulgariens, Serbiens und Montenegros ein Bündnis mit offensiver Spitze gegen die Türkei zu schaffen, letztere bei den Friedensverhandlungen nachgiebiger machen wird. Wir wünschen der Türkei, daß es eines solchen Druckes nicht bedürfte. So gern wir unter den einmal gegebenen Verhältnissen die Italiener in Nordafrika festen Fuß fassen sehen, so unangenehm müßte uns eine weitere Schwächung der Türkei sein. Ein starkes, friedlicher kultureller Entwicklung zustrebendes

Pädagogium

Zwischen Wasser u. Wald äusserst gesund gelegen. —
Bereitet für alle Schulklassen, das Einjährigen-,
Primaner-, Abiturienten-Examen vor. Auch Damen-
Vorbereitung. — Kleine Klassen. Gründlicher, indi-
vidueller, eklektischer Unterricht. Darum schnelles
Erreichen des Zieles. — Strenge Aufsicht. — Gute
Pension. — Körperpflege unter ärztlicher Leitung.

Waren in Mecklb. am Müritzsee.

Osmannenreich liegt ebenso im Interesse Österreich-Ungarns wie Italiens, wie Deutschlands, weil die drei Staaten die größten Wirtschaftsinteressen in Vorderasien haben. Wir sind überzeugt, und die ablehnende Haltung gegenüber den Lockungen und Drohungen Frankreichs bestärkt uns darin, daß die italienischen Staatsmänner die Tragweite eines das Gefühl der Türkei schonenden Friedensschlusses für Italiens künftige Stellung am Mittelmeer ebenso wie am Roten Meer überschauen und daß es ihnen auch gelingen wird, die italienischen Patrioten von der Notwendigkeit, sich Mäßigung aufzuerlegen, zu überzeugen.

G. C.



Verantwortlich: der Herausgeber George Kleinow in Schöneberg. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An den Herausgeber der Grenzboten in Friedenau bei Berlin, Hedwigstr. 1a.

Fernsprecher der Schriftleitung: Amt Pfalzburg 5719, des Verlags: Amt Bügow 6510.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Doffauer Straße 36/37.

Höchste Auszeichnungen.

Gegründet 1824.

C. PRÄCHTEL

HOFMÖBELFABRIK

BERLIN SW. 19, Krausen-Strasse 31-32

Wohnungs-Einrichtungen
Atelier für Innendekoration

Fernsprecher:

Amt Zentrum, 1035, 2619.